

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

Herr Vorsteher,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Eigentlich sollte das Rednerpult desinfiziert werden, bevor der Nächste spricht. Gib unseren Mitarbeitern doch bitte die Chance dazu.

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:
(fortfahrend)

Herr Vorsteher,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wichtig ist auch, dass wir uns die gute Laune nicht verderben lassen, auch wenn es durchaus sehr ernste Wochen waren, die hinter uns liegen, und dieses Land, diese Stadt etwas erlebt hat und immer noch erlebt, was beispiellos ist. Der Oberbürgermeister hat es gerade schon dargestellt. Auch in Frankfurt haben wir Kranke zu beklagen, und es gab auch Tote, an die wir denken müssen. Gleichwohl sind die Bilder, die wir aus Frankfurt kennen, und die Nachrichten, die wir gehört haben, nicht vergleichbar mit dem, was aus anderen Ländern, etwa aus Italien, zu uns gedrungen ist und an Tragödie und Dramatik zum Teil nicht zu überbieten war und uns schwer mitgenommen hat. Das haben wir auch vor dem Fernseher mitverfolgt. Wir können dankbar dafür sein, dass hier in Frankfurt, auch im Gesundheitsbereich, die Zahlen ganz anders waren, dass keine solchen Bilder wie aus Bergamo, nicht einmal in Deutschland, egal wo, zu sehen waren.

Im Blick darauf, wie es hier in Frankfurt konkret war, und wir haben das auch immer genau verfolgt, ist festzustellen: Seit Anfang April standen etwa 600 intensivmedizinische Betten zur Verfügung. Von einer kurzen Zeit abgesehen, waren diese regelmäßig nicht mehr als zur

Hälften in Anspruch genommen, was zeigt, dass zum einen die medizinische Infrastruktur in Frankfurt relativ schnell auch diese Kapazität aufbauen konnte und sie zum anderen zum Glück bisher nicht in dieser Höhe in Anspruch genommen werden musste. Das sind auch ein Erfolg und eine Leistung des Gesundheitssystems und von allen, die daran mitgewirkt haben. Ich gehe darauf gleich noch einmal ein.

Für die meisten Menschen in dieser Stadt war zum Glück dann nicht deren Aufenthalt im Krankenhaus, nicht einmal der Aufenthalt beim Arzt in den letzten Wochen das persönliche Erlebnis, sondern die Einschränkungen im Alltag. Das öffentliche Leben, insbesondere auf den Straßen, Plätzen, Spielplätzen, vorübergehend auch in Bussen und Bahnen, ist fast zum Erliegen gekommen. Schulen und Kitas sind geschlossen. Die letzteren nicht mehr, die anderen auch jetzt sukzessive immer weniger. Restaurants sind es noch. Freunde treffen ist zu einer ganz großen aufwendigen Sache geworden, die nur noch selten stattfinden konnte, und wenn überhaupt, nur im privaten Rahmen oder zufällig auf der Straße. Gleichwohl ist in dem Zusammenhang Danke zu sagen allen Berufsgruppen, die in dieser speziellen Situation jetzt seit Mitte März noch mehr geleistet haben als sonst, obwohl sie auch sonst Stützen sind für unser Sozialsystem, für unsere staatliche Ordnung - die Pflegeberufe, die Polizei, die Feuerwehr, alle die, die mit Lebensmitteln zu tun haben, auch die Mitarbeiter in Supermärkten, die FES et cetera. Alle diese Berufsgruppen haben in den letzten Wochen zu Recht auch Aufmerksamkeit bekommen für die wichtige Rolle, die sie spielen und die jetzt noch einmal in den letzten Wochen an Bedeutung gewonnen hat, weil man gemerkt hat, wie verletzlich auch hier in dieser hoch entwickelten Stadt Frankfurt, in dieser wohlhabenden Stadt Frankfurt die Menschen im Privaten sind, wenn plötzlich vertraute Strukturen nicht mehr so funktionieren, und sei es etwa beim Nötigsten aus dem Supermarkt und Dingen, die man zu Hause auf der Toilette braucht.

Dank an das Gesundheitsamt und das Städtische Klinikum, die hier, wie eben schon beschrieben, ganz erheblich in einer Stresssituation, die jetzt schon seit Wochen geht, Eindrucksvolles geleistet haben und dazu beigetragen haben, dass in dieser Stadt auch in einer bisher beispiellosen Krise die Situation nicht außer Kontrolle geraten ist. Dazu hat auch beigetragen, selbst wenn der Name ein bisschen nüchtern ist, der Corona-Verwaltungsstab im Rathaus mit seiner guten Arbeit, der schon Mitte März durch den Gesundheitsdezernenten einberufen wurde. Auch das hat dazu beigetragen, dass wir in Frankfurt als Stadt, als Kommune mit der Situation gut umgegangen sind, selbst wenn wir an unsere Grenzen gekommen sind.

Dank will ich aber auch für die CDU-Fraktion sagen an den Stadtverordnetenvorsteher, Herrn Siegler, der, und das gehört auch zu dem, was in dieser Stadt wichtig ist und auch in Krisenzeiten nicht für Wochen oder Monate abgestellt werden kann, nämlich die politische Verwaltung und das, was wir als kommunale Selbstverwaltung bezeichnen, die gewählten Stadtverordneten in ihren Arbeitsformen, dazu beigetragen hat, dass wir weiterarbeiten konnten. Zwar in reduzierter Form, in personell abgemagerter Aufstellung, aber trotzdem in demokratischer Vielfalt und in Abbildung dessen, was der Wähler hier auch als Parlament vor einigen Jahren ins Rathaus entsandt hat. All das zeigt, dass die Stadtverwaltung auch in

einer Krise wie dieser handlungsfähig ist, und wir danken all denen, die darin mitgewirkt haben und weiterhin mitwirken,...

(Beifall)

dass wir hier in Frankfurt, wie ich finde, durchaus sagen können, dass es bisher einigermaßen gut gelaufen ist und, von Schrammen vielleicht abgesehen. Ich spreche jetzt nur so vom Funktionieren, ich spreche jetzt noch nicht von der Wirtschaft, ich spreche noch nicht von den städtischen Finanzen, aber von den Abläufen, den Strukturen und dem täglichen Leben, das immer noch einigermaßen funktioniert und jetzt auch eine positive Perspektive hat, jeden Tag mehr. Dazu haben natürlich auch, das hat der Oberbürgermeister schon erwähnt, die Bundes- und die Landesregierung und nicht zuletzt genauso der Magistrat dieser Stadt beigetragen. Deswegen gehen wir jetzt zu Recht, denke ich, mit einem vorsichtigen Optimismus das an, was dauernd als Lockerung bezeichnet wird. Ein Wort, das vor zwei Monaten in dieser Form noch gar nicht so verbreitet war. Lockerungen, die hoffentlich nicht in einigen Tagen oder Wochen dazu führen, dass wir merken, es war zu früh, es war zu viel. Das wird sich aber zeigen. Da hilft es jetzt auch nicht, zu spekulieren.

Ich bin froh, dass die meisten Menschen in diesem Land auch Vertrauen haben in die politische Führung auf Bundes- und Landesebene und jetzt auch ein Stück weit darauf vertrauen, dass das, was als Lockerungen in Angriff genommen wird, nicht zu einem bösen Erwachen führt und zu einer zweiten Welle, die uns wieder runterdrückt. Deswegen werden jetzt in Frankfurt auch die städtischen Einrichtungen nach und nach in Maßen und in Stufen wieder ihre Dienstleistungen für die Bürger anbieten. Der Oberbürgermeister hat es schon aufgezählt. Ich brauche das nicht noch einmal wiederholen. Die Menschen brauchen eine Perspektive, und deswegen ist dieser Weg auch der richtige.

Die Koalitionsfraktionen haben ihrerseits auch in der aktuellen politischen Lage ihre Vorschläge eingebracht. Einer, der durchaus, weil er medizinisch angeht, von vorneherein aktuell war, und ich freue mich, dass die Koalition sich dann auch auf diesen Vorschlag der CDU verständigt hat, in Angriff nimmt, dass die Corona-Testkapazitäten deutlich ausgeweitet werden und dass wir dazu die Strukturen benutzen, die in dieser Stadt auch schon verfügbar sind und auf die wir bauen können. Das Motto: testen, testen, testen. Das habe ich jetzt nicht erfunden, das ist auch schon seit einiger Zeit bei Fachleuten in aller Munde, deswegen ist es richtig, wenn wir auch in Frankfurt hier unsere Infrastruktur dementsprechend anpassen. Ein weiterer Punkt, den ich dazu nennen will, ist das, was wir jetzt hier heute auch schon zum Teil, wenn wir den Saal betreten, wenn wir durch den Saal laufen, sehen - die Maskenpflicht. Wir wissen nicht, wie lange das noch so gehen wird, wie lange wir das machen müssen, aber es gehört auch zu etwas, was ein Kompromiss ist; Vernunft, Vorsicht auf der einen Seite, zurück zu einem Leben selbstbestimmt und auch politisch verantwortungsvoll auf der anderen Seite. Im Bus, in der Bahn und beim Einkaufen können wir diesen Kompromiss gut eingehen. Das sind wir einander schuldig. Deswegen ist es richtig, dass wir vorerst so auch

aufeinandertreffen im öffentlichen Raum. Ich werde mich gleich noch einmal melden. Das Thema ist zu umfassend für acht Minuten.

Vielen Dank!

(Beifall)

[andere Wortmeldungen]

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

Herr Vorsteher,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn ich Herrn Kliehm von den LINKEN höre, dann stelle ich fest, dass es offensichtlich manchen doch sehr leichtfällt, von „aus der Krise“ in „nach der Krise“ umzuschalten und umfangreiche Forderungen zu formulieren, die vielleicht im Moment nicht ganz den Ernst der Lage treffen.

Ich bin Herrn Stadtrat Majer dankbar, dass er das noch einmal hier als Zwischenbilanz ausdrücklich formuliert hat. Das zeigt, dass das Thema Corona noch nicht vorbei ist. Nachdem wir bisher heute in dieser Sitzung sehr viel über die medizinische Seite, über den Umgang der Stadtverwaltung, auch mit den Herausforderungen gesprochen haben und das, was vielleicht jetzt an Lockerungen vor uns liegt, müssen wir trotzdem aber auch den Blick darauf richten, dass seit Mitte März in diesem Land erhebliche Teile der Wirtschaft - das betrifft eben gerade nicht nur große Aktiengesellschaften - eine absolute Vollbremsung hinlegen mussten, aufgrund der staatlichen Entscheidung zum Schutz der Menschen. Diese Vollbremsung hat eine ganze Menge wirtschaftliche Schäden ausgelöst, und zwar nicht nur in irgendwelchen abstrakten Bilanzen, sondern sie treffen auch eine ganze Menge Menschen, Menschen, die in Kurzarbeit sind. Das ist noch eine relativ glimpfliche Corona-Krisen-Folge im Vergleich zu anderen. Sie treffen aber auch viele Kleinunternehmer. Deswegen ist es richtig und gut und auch keine Selbstverständlichkeit - das will ich ausdrücklich sagen -, sondern etwas, was die hohe soziale Qualität in diesem Land und das auszeichnet, was wir für wichtig halten, dass eben diese Menschen und diese Kleinunternehmen auch nicht fallengelassen werden, dass man nicht sagt, seht doch zu, wie ihr euch durchschlagt, sondern dass auf Bundes- und Landesebene auf beiden Ebenen erhebliche Gelder mobilisiert worden sind, weil alle wissen, was es für Folgen hat, auch

sozial, wenn diese Menschen, wenn diese Kleinunternehmen im Stich gelassen werden. Da gab es, das kann man schon sagen, einen großen gesellschaftlichen Konsens. Aber so schnell und unbürokratisch das ging, und so bemerkenswert und auch ehrlich gesagt toll das war, hätte ich in diesen Tagen, innerhalb derer auch Auszahlungen zustande kamen, vorher gar nicht so gedacht, dass das in Deutschland möglich ist. Aber es zeigt, in der Krise geht vieles. Es geht auch schneller als vielleicht in normalen Situationen.

Es ist aber nicht selbstverständlich, und es wird eine Zeit kommen, wo das aufgearbeitet und wieder erwirtschaftet werden muss. Das gehört auch zur Wahrheit. Wir haben in Frankfurt unsererseits, also die Stadt und die Stadtverwaltung auch natürlich überlegt und gesucht, wie man diesen Unternehmen und Kleinbetrieben, die jetzt in eine schwierige Lage gekommen sind, denen die Einnahmen wegbrechen, denen die Ausgaben zum Teil weiterlaufen, entgegenkommen kann. Es ist natürlich nicht die Lösung oder zu empfehlen, dass die Stadt Frankfurt dies ihrerseits, wenn schon erhebliche Fördermittel und Hilfsmittel auf Bundes- und Landesebene bereitstehen, noch einmal kopiert. Das braucht doch niemand. Aber es ist trotzdem, glaube ich, eine erhebliche Erleichterung, wenn eine Stadt - wie etwa Frankfurt - sagt, die Gewerbesteuer, die der Stadt zusteht, die die Stadt auch für ihre vielfältigen Aufgaben braucht, kann, wenn es eben sein muss, gestundet werden, um damit den Zeitpunkt für denjenigen zu verschieben, der sie zahlen muss. Da reden wir noch nicht darüber, dass auf diese Steuer, eine wichtige Einnahme für die Stadt, verzichtet wird, sondern wir reden darüber, dass sie auf zeitlicher Ebene verschoben werden kann.

Dasselbe gilt für Miet- und Pachtzahlungen, die die Stadt bei den vielen Liegenschaften, die sie auch vermietet und für Wirtschaftstreibende zur Verfügung stellt: Wir sind bereit als Stadt, auch im Moment, weil es geht, weil es einen Haushalt gibt, der das hergibt, der das erlaubt, dass wir auch dort zwar nicht auf diese Zahlungen verzichten können, aber sie stunden und damit Gastronomiebetrieben, Einzelhändlern, aber auch zum Beispiel Kultureinrichtungen erheblich entgegenkommen können und den Druck, den alle zurzeit haben, erheblich mindern können. Es sind aber keine Geschenke. Das müssen sie auch nicht sein. Neben solchen finanziellen Erleichterungen in der aktuellen Situation, neben den finanziellen Hilfen und Zuwendungen von Bund und Land, leistet die Stadt auch ihren Beitrag dazu, dass sie Beratungsangebote zur Verfügung stellt, das Gespräch sucht. Da geht es nicht nur um Wirtschaftstreibende, sondern auch um andere, die im Moment finanziell gesehen in schwieriger Situation sind, etwa die vielen Vereine in dieser Stadt und andere wichtige soziale Akteure. Die ganzen Angebote und Initiativen, die von der Stadt gefördert werden, die auch privat entstehen, sind etwas, was in dieser Zeit auch Hoffnung macht und was dazu beiträgt, dass die Krise gemeistert werden kann.

Gleichwohl müssen wir uns auch - das wird noch nicht heute und auch nicht nächste Woche möglich sein - hier in Frankfurt demnächst fragen, was die Krise in finanzieller Hinsicht etwa für unseren Haushalt bedeutet. Der Haushalt besteht aus einer Ausgaben- und einer Einnahmenseite. Das muss ich, glaube ich, hier niemandem sagen, dass bei der Ausgabenseite wir natürlich es in der Hand haben, diese zu gestalten; dass auf der Einnahmenseite wir aber nicht ganz so viel gestalten können, sondern auch dem ausgeliefert sind, was jetzt passiert, nämlich, dass diese Einnahmen wahrscheinlich erheblich

zusammenbrechen. Die Hausnummer kann noch niemand ernsthaft sagen. Wir haben einmal eine Spanne gehört, in der sich das vielleicht bewegen kann. Da werden wir vielleicht ab Mitte Mai bessere Schätzungen anstellen können, auch wenn es noch eine Weile dauert, bis wir genau wissen, wie sehr wir auch den Haushalt neu ausrichten und neu aufstellen müssen.

Jetzt komme ich doch noch einmal zu einem Punkt, der hier schon zwei-, dreimal angesprochen wurde, aber gar nicht unter diesem Gesichtspunkt. Es geht um den Flughafen. Da sind jetzt eine ganze Menge hier unterwegs, die meinen, das ist eine Chance, neue Entwicklungen in Gang zu setzen. Was den Haushalt dieser Stadt Frankfurt betrifft, und das, was wir auch als Politik brauchen, um viele - vor allen Dingen soziale - Aufgaben in dieser Stadt erfüllen zu können, sind die Einnahmen auf der Einnahmenseite des Haushaltes. Dass die Fraport keine Dividende zahlen wird in diesem Jahr, das ist allgemein bekannt und wird allein den Haushalt der Stadt Frankfurt mit etwa 40 Millionen Euro belasten, die nicht zur Verfügung stehen. Wir reden jetzt nicht über Ausgaben und über Dinge, die wir vielleicht verschieben können oder reduzieren können, sondern wir reden an der Stelle etwa über Geld, das wir nicht haben werden und das uns fehlt. Deswegen muss ich auch noch einmal klar sagen, wer jetzt hier heute am Anfang der Sitzung den Flughafen lobt und als wichtig für Frankfurt darstellt, der muss auch seinen Beitrag dazu leisten, dass dem Flughafen an anderer Stelle, wenn es auch um politische Entscheidungen geht und Unterstützung für diese wichtige Wirtschaftstätigkeit, nicht nur in der Stadt, sondern in der Region, alle Unterstützung zukommt, die wir geben können, die jeder einzelne Beteiligte im politischen Bereich geben kann, denn wir brauchen diese Einnahmen. Der Flughafen ist nicht nur ein wahnsinniger Wirtschaftsfaktor für die Stadt und die Region und auch für Arbeitsplätze, die für viele Menschen eine sichere Versorgung bedeuten, sondern er ist auch für diese Stadt und dafür, was wir hier bewirken, mit den ganzen Aufgaben, die eine Kommune hat, extrem wichtig und wir brauchen den Flughafen dafür mit voller Kraft zurück.

(Beifall)

[andere Wortmeldungen]

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

Herr Vorsteher,

meine Damen und Herren, die, die noch da sind, wir haben ja ein bisschen einen Schwundprozess, zumindest von der öffentlichen Seite her!

Ich knüpfte an das an, was Frau Kauder gerade gesagt hat, insbesondere an das Programm, das sie genannt hat, vom Land Hessen zur Förderung von Kultur- und Vereinsarbeit, das mit dem 1. Mai angelaufen ist. Das ist nicht das erste Förderprogramm, das das Land Hessen jetzt im Rahmen der Corona-Krise auflegt, um denjenigen und auch den Institutionen zu helfen, die in Schwierigkeiten geraten sind, und ich glaube, es wird auch nicht das letzte sein. Warum sage ich das? Weil vorhin hier jemand auch am Anfang meinte, erklären zu müssen, die Zeiten von Schuldenbremsen seien ja vorbei, und das könne er aus der aktuellen Entwicklung herauslesen. Ich möchte einmal ganz deutlich sagen, dass die öffentlichen Haushalte von Bund, Land und auch der Haushalt der Stadt Frankfurt in der Verfassung sind, in der wir uns jetzt befinden, dass wir mit der Krise auch umgehen und Flexibilität zeigen können, das hat etwas damit zu tun, dass in den letzten Jahren bei den Haushaltsdebatten auch immer der Versuch unternommen worden ist - von den einen politischen Kräften etwas engagierter, von den anderen vielleicht etwas weniger engagiert -, diese Einnahme- und die Ausgabenseite irgendwie in einen Einklang zu bringen, und dass Schulden eben nicht als völlig belanglos angesehen werden, jedenfalls von den meisten Parteien, und dass es eben auch - ich möchte jetzt nicht mit irgendwelchen Sprichwörtern kommen wie „Spare, dann hast du in der Not“ und diesen Sachen ...

(Zurufe)

„Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“, so heißt es richtig. Ich freue mich, dass das hier auch im Rahmen der Allgemeinbildung bei der einen oder dem anderen abrufbar ist. Tatsache ist doch, dass es tatsächlich darum geht, dass man in so einer Situation wie jetzt deutlich besser dasteht, und zwar auch als öffentliche Hand, wenn man nicht die Jahre vorher gedankenlos und in Saus und Braus immer gesagt hat, ist ja egal, im nächsten Jahr kommt vielleicht mehr herein auf der Steuerseite, sondern dass es jetzt einen Puffer gibt als Start auf den verschiedenen Ebenen, um mit den Herausforderungen umzugehen. Das wollte ich noch nachschieben.

Bei realistischer Einschätzung muss man sicherlich auch sagen, an der Forderung von Herrn Bürgermeister und Stadtkämmerer Becker nach einem hessischen Hilfsfonds für Kommunen, um diese finanziellen Folgen der Pandemie auf Gemeindeebene abzuschwächen, kommt man vermutlich nicht vorbei. Das wird bei realistischer Einschätzung der Lage eine Forderung an das Land Hessen sein, die sich nicht von alleine in Luft auflösen wird.

Ich möchte, weil wir heute eine Reihe von Vorlagen abarbeiten, trotzdem fairerweise auch, selbst wenn wir jetzt im Wesentlichen über Corona und die Situation allgemein gesprochen haben, gerade zu den Vorlagen der Opposition, die von der Koalition abgelehnt werden, zwei, drei Worte sagen. Die Vorlage „Schule am Ried“, die Frau Rinn vorhin angesprochen hat, ist zwar kein Antrag der Opposition, ich finde aber, wenn man den Revisionsbericht zitiert - gegen den Vorgang spricht nichts, wenn man es inhaltlich macht -, dann wäre es ehrlich gesagt sauber gewesen, wenn man auch die Stellungnahme aus dem federführenden

Dezernat auf diesen Revisionsbericht, die die verschiedenen Kritikpunkte aufgreift und abarbeitet, ebenfalls zitiert hätte. Dann wäre es nämlich ein vollständiges Bild gewesen. Aber das ist dann eben auch die Entscheidung der jeweiligen Rednerin oder des Redners. So fällt es jetzt mir ein bisschen zu, zu sagen, dass es eine durchaus umfassende Stellungnahme des federführenden Dezernats auf den Revisionsbericht gegeben hat, in der die verschiedenen Punkte nicht nur dargelegt und geklärt werden, sondern meiner Meinung nach - ich bin bei solchen Sachen auch eher Laie - plausibel erklärt worden ist, warum jetzt bei dieser Schule, an diesem Standort, mit dieser Aula, unter den Rahmenbedingungen, die dort herrschen, das Ergebnis am Ende auch des Wettbewerbes zwar mit einem Preis verbunden ist, der vielleicht auch der einen oder anderen Orientierungszahl ein bisschen widerspricht, der aber auch nicht dem Rechnung trägt, diesem Revisionsbericht etwa, dass es sich hier um eine Schule im Passivhausstandard handelt und dass es sich hier im Wesentlichen nicht um reine Unterrichtsräume handelt, sondern um spezielle Nutzflächen, und dass das alles in der Summe dazu beiträgt, warum diese Vorlage zwar vielleicht an den üblichen Kennzahlen auffallen kann, wenn man sie damit vergleicht, so wie es das Revisionsamt auch dargelegt hat, dass aber eben dafür ganz gute Erklärungen geliefert werden können und dass damit unter dem Strich der Vorlage so, wie wir es jetzt als Koalition entschieden haben, richtigerweise heute Fortgang gegeben wird.

Wir haben eine ganze Reihe von Anträgen der Opposition, die alle irgendwie das Wort „Corona“ enthalten. Thematisch sind sie sehr unterschiedlich. Wenn ich eben gesagt habe, wenn man sauber gewesen wäre bei dem Revisionsbericht, dann hätte man auch die Stellungnahme, die danach eingegangen ist, ebenfalls vortragen können, dann muss man auch hier bei dieser Reihe von über 20 Anträgen aus der Opposition sagen, dass davon eine ganze Menge Fragen und Aufträge inzwischen beantwortet worden sind. Sie haben sich durch Verwaltungshandeln nicht nur erledigt, sondern waren, ehrlich gesagt, von Vornherein überflüssig. Da frage ich mich dann schon ein bisschen, bei allem Respekt und bei allem Verständnis auch dafür, dass man als Opposition darlegen möchte, warum man wichtig ist, ob man sich das nicht hätte ein bisschen ersparen können, auch dem Betrieb und der Verwaltung, beziehungsweise wenn klar geworden ist, dass diese Fragen und Aufträge bearbeitet und schon erledigt werden, ob man sie dann nicht auch hätte zurückziehen können. Dann hätte man immer noch deutlich machen können, dass man sehr darauf geachtet hat, aber notwendig gewesen ist es eigentlich nicht.

Das geht los etwa bei der Forderung der FDP, Gesundheitsamt und Stadtpolizei sollten unterstützt werden. Da sage ich ganz einfach, das findet schon statt.

(Zurufe)

Genau. Deswegen hätte man die Vorlage zurückziehen können.

(Zurufe)

Dann wären es heute weniger gewesen. Wir müssen jetzt über jede dieser Vorlagen abstimmen.

(Zurufe)

Das ist nicht schlimm, aber Sie stellen es doch dann so dar, dass die Koalition alles ablehnt. Ich muss ganz ehrlich sagen, es gibt vielleicht Fälle, wo etwa auch eine Oppositionsfraktion sagen kann, warum sie sich ungerecht behandelt fühlt, aber bei solchen Vorlagen, die inhaltlich überholt und nicht mehr aktuell sind, könnten wir uns das ersparen.

Es ist auch so bei der Hilfe für von Armut Betroffene und dem Thema Zwangsräumung. Jetzt spreche ich über die Anträge NR 1146 und NR 1147, in dem Fall von der Linkspartei. Da muss man auch ganz ehrlich sagen, da wird auf ein Problem in der Form hingewiesen, das es so nicht gibt. Das stand auch schon in der Zeitung zu lesen. Ob es um die ABG Frankfurt Holding geht, die bei MieterInnen, die Zahlungsschwierigkeiten haben, verschiedene Lösungen anbietet, die alle dazu führen, dass niemand deswegen aus seiner Wohnung geräumt werden muss, oder ob es um die Mainova geht, die auch bei Zahlungsschwierigkeiten von Kunden im Rahmen der Stromrechnung ein gestaffeltes Eskalationssystem hat, bei dem jemand sehr lange auf jedes Angebot, auf jede Kommunikation mit Ignorieren reagiert haben muss, damit es tatsächlich zu einer solchen Stromsperre kommt. Ganz abgesehen davon, dass die Zahl der Stromsperren seit 2015 konsequent immer weiter rückläufig war. Deswegen muss ich durchaus sagen, ich debattiere hier gerne, und wir tauschen uns gerne aus, aber bei solchen Gespensterdebatten frage ich mich, ob nicht die Zeit auch anders investiert werden könnte.

Ich möchte aufhören, die Lampe blinkt, mit dem Antrag von der Linkspartei zum Thema Ausländerbehörde. Da müssen die Menschen vor Covid-19 geschützt werden. Da war jetzt schon eine ganze Zeit lang der Publikumsverkehr sowieso geschlossen, die Termine wurden verschoben, die aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen wurden im Sinne der Antragsteller getroffen, und bereits mit Schließung der Ausländerbehörde wurden auch entsprechende Informationen erstellt. Das heißt, alle vier Punkte, die in diesem Antrag stehen, sind abgearbeitet, und deswegen müssen diese Vorlagen tatsächlich auch einfach so abgelehnt werden - nicht, weil man es politisch anders sehen kann, sondern weil sie sich inhaltlich völlig überholt haben.

Vielen Dank!

(Beifall)